



Bildung darf nicht von der Herkunft abhängen - gegen rassistische Studiengebühren in NRW!

freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.
Wöhlertstraße 19
10115 Berlin

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften spricht sich deutlich gegen rassistische Studiengebühren aus. Nachdem im vergangenen Jahr die Regierung in Baden-Württemberg Studiengebühren für Student*innen aus nicht-EU-Staaten eingeführt hat, diskutiert nun auch die Koalition in NRW, das Modell aus Baden-Württemberg zu übernehmen.

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand
Nathalie Schäfer
Tobias Eisch

Das Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren überreicht heute eine von über 5000 Personen unterstützte Petition[1], die sich gegen diese Studiengebühren ausspricht. „Statt internationale Studis durch Studiengebühren zusätzlich zu belasten, sollte am Abbau der bereits bestehenden Hürden gearbeitet werden – seien das Visaaufzeiten, nachzuweisender hoher Kontostand, erhöhte Versicherungsbeiträge und kein Anspruch auf Studienunterstützung“, erklärt Eva Gruse vom Vorstand des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften.

Eva Gruse
Konstantin Korn
vorstand@fzs.de

Berlin, den 05.06.2018

Auch auf dem Wohnungsmarkt sieht die Situation internationaler Student*innen besonders prekär aus. „Auf dem freien Wohnungsmarkt sind internationale Student*innen rassistischen Vorurteilen der Vermieter*innen oder Markler*innen ausgesetzt, was konkret bedeutet: Wohnraum steht nicht zur Verfügung, oder ist deutlich überteuert“, erläutert Konstantin Korn aus dem Vorstand des freien Zusammenschlusses von student*innenschaften. Insbesondere durch die Art, wie die Debatte um diese Studiengebühren geführt wird, werden schon vorhandene Rassismen gestärkt und sich vermeintliche Argumente der Rechten zu eigen gemacht. Tobias Eisch vom Vorstand vom freien Zusammenschluss von student*innenschaften ergänzt: „Statt rechte Sprache einfach zu übernehmen und damit rassistische Strukturen zu stärken, brauchen wir eine Hochschulsystem und eine Bildung, die Rassismus offenlegt, anspricht und vor allen Dingen dagegen vorgeht.“

Für Nathalie Schäfer vom Vorstand des freien Zusammenschluss von Student*innenschaften erschließt sich der Sinn der Studiengebühren nicht: „Bildung und vor allem Hochschulbildung muss allen Menschen frei zu Verfügung stehen. Insbesondere die hier diskutierte Belastung einer ohnehin schon marginalisierten Gruppe Student*innen ist besonders perfide. Statt rassistisch selektiver Studiengebühren brauchen wir eine solide Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen.“ Auch vor dem Hintergrund der Internationalisierung werden sich die Studiengebühren negativ auswirken, wie die Zahlen aus Baden-Württemberg zeigen: Seit der Einführung der Studiengebühren sind die Bewerbungen internationaler Student*innen auf ein Studium deutlich gesunken.

Janek Heß vom Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren stellt abschließend fest: „Unsere Petition zeigt deutlich: Diese Studiengebühren sind nicht gewollt. Sie sind auch nicht notwendig, man muss sich stattdessen endlich ernsthafte Gedanken um eine nicht wettbewerbsorientierte Grundfinanzierung von Hochschulen machen.“

[1] Link zur Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-studiengebuehren-in-nrw>